

Mombai liegt mitten in Europa

Die Linke muss soziale Koalitionen eingehen

Hunderttausend Menschen kamen Mitte Januar zum Weltsozialforum nach Mumbai (Indien), um an mehr als tausend Podiumsdiskussionen, Workshops und Seminaren teilzunehmen und nach Wegen für eine andere Welt zu suchen. Mehr als sechzigtausend kamen im November 2003 zum europäischen Sozialforum nach Paris, um alternative Strategien für ein demokratisches, friedliches und

Ist gerade diese Vielfalt ihr Fundament? Wie geht man mit unterschiedlichen Einschätzungen des Kräfteverhältnisses um, mit einer anderen Gewichtung strategischer Fragen bis zu Fragen strategischer Bündnisse? Bertinotti spricht in seinen 15 Thesen für eine alternative europäische Linke davon, dass der „pluralistische Charakter der Bewegungen ein politisches Subjekt erfordert, das schon auf-



sozial und ökologisch nachhaltiges Europa zu entwickeln, gegen Militarismus, gegen die Politik von Weltbank, Währungsfonds und WTO. Die Demonstration durch die Straßen von Paris vereinte SchülerInnen und Studierende, MigrantInnen, Arbeitslose und Gewerkschaftsmitglieder – aus ganz Europa – Obdachlose und „sans papiers“ fröhlich und kämpferisch. Der europäische Raum verändert sich, eine neue politische Kraft entsteht aus den Prozessen der Sozialforen.

„In Europa keimt neue Hoffnung auf. Eine neue Vision inspiriert immer mehr Europäer und vereint sie zu großen Aktionen des Widerstandes gegen die Durchsetzung einer kapitalistischen Einbahnstraße, mit der die Menschheit in die Falle neuen sozialen und kulturellen Rückschritts gelockt werden soll.“ So beginnt der vereinbarte Entwurf zur programmatischen Grundlage der Partei der Europäischen Linken. Elf Parteien unterschrieben im Januar 2004 in Berlin den Aufruf zur Gründung dieser Partei. Darüber dass eine solche Partei für ein anderes, ein friedliches, demokratisches und sozial gerechtes Europa wichtig ist, war man sich einig. Auch, dass es eine Partei sein soll, die „Nein“ sagt zu Kriegen, Profitdominanz, zu Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und autoritärer Herrschaft. Unterschiedlich Auffassungen gab es zum Zeitpunkt ihrer Gründung und zur konkreten Arbeitsweise: Loser Dachverband oder eine wirkliche europäische Partei? Wie viel Vielfalt verträgt eine solche Partei?

grund seiner Zusammensetzung in der Lage ist, bei dem Projekt der Errichtung einer möglichen anderen Welt dialektisch mit ihnen zusammenzuwirken“. Dahinter steht das Selbstverständnis linker Parteien – als Teil sozialer Bewegungen –, deren wichtigste Fähigkeit es ist, Voraussetzungen für einen politischen Richtungswechsel zu schaffen. Hier jedoch sind die Ausgangsbedingungen, Erfahrungen und Potentiale in jedem Land andere, d. h. auch die konkreten Wege werden vielfältig sein.

Welchen Beitrag kann die PDS hierzu leisten? Was kann sie beisteuern, um gemeinsame alternative Konzepte zu entwickeln, die erweiterte Europäische Union zu gestalten, öffentliche Güter zu bewahren und öffentliche Dienstleistungen zu sichern. Was kann die PDS leisten, um den europäischen Sozialstaat zu verteidigen und zu erneuern. Wie lässt sich die Militarisierung Europas verhindern? Der Europaparteitag der PDS wird hierzu mit dem Wahlprogramm klare und kompetente Angebote formulieren und Kandidaten – wie Tobias Pflüger – aufstellen müssen, die glaubwürdig für Kompetenz und zugleich für eine Koalition mit den sozialen Bewegungen stehen.

Es gibt einen Vorschlag und KandidatInnen, es gibt Kriterien, die sich aus den Anforderungen an linke europäische Parteien ableiten und es gibt die Weisheit der Delegierten, das eine mit dem anderen zu verbinden.

Conny Hildebrandt

Zwischenruf

Man hat immer die Wahl

Die Begeisterung der Deutschen scheint etwas eingefroren. Viele wissen: es kommt was auf sie zu. Gebühren, Abgaben und Leistungseinschränkungen. Steuern, natürlich. Am meisten nervt die Ungewissheit: Was kommt da noch? Wo führt das hin? Dazu die „großen“ Sorgen: Globalisierung, Terrorismus und die EU – Osterweiterung. Ein bisschen viel auf einmal. Und das im Superwahljahr. 15 Wahlen wird es geben. Werden die Menschen wählen gehen? Was wird für ihre Stimmabgabe jeweils entscheidend sein?

In Berlin stehen „nur“ Europawahlen an. Wir haben ein gutes Wahlprogramm und kluge Kandidaten. Der beste Grund aber, PDS zu wählen, ist die PDS, sind wir selbst. Wer sich bei uns engagiert, der will die Dinge nicht laufen lassen. Wir sagen klar: Europa heute ist nicht gut und tut den Menschen nicht gut. Europa ohne demokratische Verfassung, Europa ohne soziale Grundrechte für alle, ohne Solidarität, Europa in Waffen, Europa der Märkte und der Bürokraten – das ist nicht unser Europa. Wir wollen das andere Europa, gehen den andern Weg: Europa friedlich, sozial und demokratisch. Viele Menschen gehen heute diesen Weg. Aber nur eine Partei. Finden wir zueinander. Ein Wahltag ist dafür ein guter Tag.

Harald Pätzolt,
Stellvertretender Wahlkampfleiter

Die Bezirksbühne gratuliert dem

**Bündnis
„Demokratie
jetzt!“**
Charlottenburg-Wilmersdorf

zu seinem zweijährigen Bestehen.

Zweifle nie daran,
dass einige wenige engagierte Menschen
die Welt verändern können.
Nichts anderes hat sie je verändert.
(Margaret Mead)

www.demokratie-jetzt.ideia.de

Berlins Osterweiterung: Drehscheibe oder Falltür?

Europa stellt schwierige Fragen: Knotenpunkt, Strukturfonds, Vergaberecht ...



Harald Wolf

Mit Blick auf die Erweiterung der Europäischen Union und die Europa-Wahlen im Juni sprach die „Bezirksbühne“ mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen Harald Wolf. Über die künftige Rolle Berlins als Drehscheibe zwischen Ost und West, über die Verteilung der Fördermittel und die Perspektiven für die landeseigene Messe Berlin.

Welchen Stellenwert hat die Europa-Politik für den Berliner Senat, und wie will die Landesregierung den Menschen in der Stadt ihre Bedeutung vermitteln?

Europa ist wichtig für Berlin. Denn auf der europäischen Ebene werden immer mehr Entscheidungen getroffen, die auch die Berlinerinnen und Berliner unmittelbar betreffen. Zudem fließen erhebliche finanzielle Ressourcen über die EU-Strukturfonds aus Brüssel nach Berlin. Ich glaube, dass das den meisten Berlinerinnen und Berlinern auch bewusst ist. Eine Zäsur im öffentlichen Bewusstsein wird der EU-Beitritt unserer unmittelbaren Nachbarländer Polen und Tschechien im Mai sein. Dann werden vielen auch die Chancen dieser Erweiterung klarer werden als bisher. Denn Berlin wird als die Hauptstadt des größten EU-Mitgliedslandes erheblich von der EU-Erweiterung profitieren. Berlin liegt dann nicht mehr eine Stunde von der EU-Ostgrenze entfernt sondern mitten im neuen Europa. Ich will den Berlinerinnen und Berlinern vermitteln, dass es nichts bringt sich abzuschotten, sondern dass sich in Freizügigkeit für Menschen und Waren und in Zusammenarbeit auf allen Gebieten große Chancen bieten.

Berlin wird dann in der Mitte der Europäischen Union liegen. Welche Möglichkeiten ergeben sich aus der Funktion als Knotenpunkt oder auch „Drehscheibe Ost“ für die Stadt?

Zunächst kann die alte, in der jüngeren Geschichte geteilte Wirtschaftsregion wieder zusammenwachsen - von Stettin über Berlin bis Posen und Breslau. Von der Zusammenarbeit werden alle Beteiligten profitieren. Berlin kann aber auch echte Drehscheibe zwischen Ost und West werden. Internationale Unternehmen nutzen den Standort schon als Sprungbrett nach Osten. Zahlreiche Institutionen und Initiativen beschäftigen sich in Berlin mit Ost-West-Kontakten. Diese Stärken sollten wir bündeln und besser nutzbar machen als bisher.

Verbinden sich damit auch neue Perspektiven für Berlin als Ballungsraum? Inwiefern trägt das vor einem Jahr verabschiedete Memorandum der Hauptstädte und Hauptstadtregionen zu möglichen neuen Chancen bei?

Die europäischen Metropolen - und dazu zählt Berlin - werden als Motoren der Entwicklung ihrer jeweiligen Regionen angesehen. Bei meinen Reisen nach Stettin, Posen und Breslau habe ich deutlich gespürt, dass sich diese Städte sehr stark auf Berlin ausrichten, nicht nur die unmittelbare Brandenburger Umgebung. Diese Chance, Dreh- und Angelpunkt einer europäischen Entwicklungsachse von der Ostsee bis nach Südosteuropa zu werden, dürfen wir nicht verpassen. Berlin muss aber auch seine Chance nutzen, als Metropole nach Ablauf der aktuellen Förderperiode im Jahr 2006 weiterhin verstärkte Förderung aus den EU-Strukturfonds zu erhalten.

In EU-Verordnungen ist die Privatisierung bestimmter öffentlicher Betriebe festgeschrieben. Was verspricht man sich davon, und rechnet sich der häufig damit verbundene Verlust von Arbeitsplätzen gesamtgesellschaftlich?

Nach EU-Recht müssen öffentliche Betriebe nicht zwingend in privates Eigentum übergehen, sich aber dem Wettbewerb stellen. Das ist auch richtig, so lange die Bedingungen fair sind. Wettbewerb darf nicht zu Lohndumping führen. Eine Ausschreibung von Leistungen durch die öffentliche Hand muss auch Qualitätsstandards berücksichtigen.

Unwirtschaftliche Unternehmen werden auch in öffentlichem Eigentum nicht auf Dauer überleben. Die Zeiten, da die Allgemeinheit über Steuern oder Gebühren Verluste ausgleichen konnte, sind vorbei. Das heißt nicht, dass Profitmaximierung nun auch in öffentlichen Unternehmen das Maß aller Dinge sein muss. Aber wir müssen auf diesem Gebiet Transparenz schaffen und Rechenschaft ablegen, dass öffentliche Betriebe effektiv wirtschaften. Dann können wir politisch diskutieren und entscheiden, was uns zum Beispiel hohe Umweltstandards oder ein leistungsfähiges Nahverkehrssystem für alle sozialen Schichten wert sind.

Ab 2007 werden - als Folge der EU-Erweiterung - neue Grundlagen für die Verteilung von Fördermitteln aus den Strukturfonds geschaffen. Inwieweit können Landesregierungen Einfluss nehmen? Welche Bedeutung haben die Strukturfonds für die Entwicklung der Stadt und ihrer Bezirke?

In der bis 2006 laufenden Förderperiode fließen insgesamt 1,2 Milliarden Euro aus den europäischen Strukturfonds nach Berlin. Mit dem Geld werden die unterschiedlichsten Projekte unterstützt - von der Wirtschaftsförderung über Infrastruktur bis hin zu Sozial- und Bildungsprojekten oder Forschungsvorhaben. Auch die Bezirklichen Bündnisse für

Kurzübersicht Messe Berlin GmbH

Messe- und Kongressplatz Berlin wird von der Messe Berlin GmbH repräsentiert (Gesellschafter: Land Berlin, IHK, WBI, VDMA und ZVEI)

Aufgaben: Organisation und Durchführung von nationalen sowie internationalen Messen, Ausstellungen, Kongressen und Unterhaltungsveranstaltungen

Betreibt folgende Einrichtungen des Landes Berlin: Messegelände mit 160.000 qm Hallenfläche, Internationales Congress Centrum (ICC Berlin), Deutschlandhalle als Eissporthalle, Funkturm

Gehört zu den zehn umsatzstärksten Messgesellschaften der Welt; als Betreiber des ICC Berlin zu den zehn wichtigsten Kongressgesellschaften weltweit

Auslandsvertretungen und Auskunftsstellen für internationale Geschäftspartner in über 80 Ländern

Quelle: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen



Messegelände in Berlin-Charlottenburg

Beschäftigung werden von der EU aus dem Europäischen Sozialfonds finanziert.

Derzeit läuft die Diskussion um die Neuverteilung der EU-Fördermittel auf Hochtouren. Bleibt es dabei, dass der Haushalt der EU trotz der neu aufgenommenen Mitgliedsstaaten nicht oder nur wenig wächst, wird auch Berlin mit weniger Geld aus Brüssel auskommen müssen, denn die Wirtschaftskraft der neu hinzu gekommenen Regionen ist deutlich geringer als die Berlins. Ein großer Teil der Mittel wird dort hin fließen. Ich habe der EU-Kommission ein mit anderen europäischen Ballungsräumen abgestimmtes Papier des Senats zur weiteren Strukturförderung vorgestellt. Darin vertritt Berlin die Position, dass europäische Metropolen mit Strukturproblemen wie zum Beispiel überproportionaler Arbeitslosigkeit weiter besondere Förderung brauchen, denn sie übernehmen auch besondere Lasten für ihre jeweiligen Regionen. Das Memorandum wurde in Brüssel positiv aufgenommen.

Immer wieder ist davon die Rede, dass Mittel aus der Wirtschaftsförderung nicht abgerufen werden. Inwieweit gilt dies auch für Fördergelder der EU? Leistet der Senat hier ausreichende Aufklärungsarbeit?

Die meisten Wirtschaftsförderprogramme in Berlin sind so konstruiert, dass neben Mitteln des Landes und des Bundes auch EU-Gelder darin enthalten sind. Deshalb besteht immer auch die Gefahr, dass EU-Gelder verfallen, wenn die Wirtschaft für sie vorgesehene Fördermittel nicht abrufen. Ich habe deshalb begonnen umzusteuern. In Verhandlungen mit der EU-Kommission in Brüssel habe ich zum Beispiel erreicht, dass Mittel des Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) in den Zukunftsfonds Berlin fließen. Damit werden wirtschaftsnahe Forschungsprojekte finanziert. Grundsätzlich will ich Wirtschaftsförderprogramme stärker auf revolvierende Fonds umstellen, die zum Beispiel Kredite zu günstigen Konditionen statt verllorener Zuschüsse ausreichen. Dadurch wird das Geld effektiver verwendet und steht auch nach 2006 noch für Wirtschaftsförderung zur Verfügung.

Denn erfolgreiche Unternehmen zahlen ihre Kredite wieder an den Fonds zurück.

Im Zusammenhang mit nicht abgerufenen Fördergeldern ist in den vergangenen Wochen auch wieder die Messe Berlin in die Schlagzeilen geraten. Wie lassen sich Millionenzuschüsse an die Messegesellschaft trotz leerer Landeskasse begründen?

Diesen „Zusammenhang“ gibt es so, wie er von der Opposition polemisch dargestellt

Zahlen und Fakten zur Messe Berlin GmbH

Veranstaltungen (2004):

15 Eigenveranstaltungen
 60 Gastveranstaltungen

Besucher (2002):

Eigenveranstaltungen	1.830.548
Gastveranstaltungen	1.059.882
	770.666

Aussteller (2002):

Eigenveranstaltungen	23.818
davon aus dem Ausland	16.884
Gastveranstaltungen	10.573
	6.934

Umsatz (2002):

rd. 118.000.000 €

Jahresergebnis/Gewinn (2002) 2.100.000 €

Kaufkraftzufluss nach Berlin und Region Berlin-Brandenburg: jährlich rd. 655 Mio. €

Internationale Leitmesse:

Internationale Grüne Woche Berlin
 Fruit Logistica Berlin
 Internationale Tourismus-Börse ITB Berlin
 ILA - Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung Berlin-Brandenburg
 Internationale Funkausstellung Berlin (IFA)
 bautech - Internationale Bau-fachmesse Berlin
 InnoTrans mit Eurailspeed

Internet: <http://www.messe-berlin.de>

Quelle: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen

wird, nicht. Richtig ist, dass ein erheblicher Betrag an Landesmitteln, die im Haushalt für Investitionszuschüsse an private Unternehmen vorgesehen waren, nicht abgerufen wurden. Und zwar – leider - aus dem Grund, dass Berliner Unternehmen wegen der schlechten Wirtschaftslage Investitionen zurückstellten oder gar nicht erst planten. Ein Teil dieses Geldes – rund 14 Millionen Euro – wurde deshalb dazu verwendet, der Messe Investitionen in neue Gebäude zu erstatten, die die Messe für das Land vorfinanziert hatte. Dieses Geld ist gut angelegt. Denn jeder Euro, der in die Messe investiert wird, zieht ein Vielfaches an Kaufkraft in die Stadt. Studien gehen davon aus, dass die Veranstaltungen der Messe 655 Millionen Euro zusätzliche Kaufkraft und Steuereinnahmen nach Berlin fließen lassen.

Zeitungen vermelden, dass Berlin inzwischen als wichtigste Messestadt Deutschlands gilt. Welche Perspektiven ergeben sich daraus für die Stadt – auch innerhalb eines starken europäischen Wirtschaftsraums – und für den Messestandort am Funkturm?

Der Auf- und Umbau der Industriestruktur darf nicht vernachlässigt werden. Aber das ist ein langfristiger Prozess. Rascheres Wachstum können wir mit Messen, Kongressen und Tourismus erzielen. Hier spielt die Messegesellschaft eine wichtige Rolle. Daher hat der Senat auf meine Vorlage auch entschieden, die Messe nicht zu privatisieren. Die Gefahr wäre zu groß gewesen, dass ein Käufer nur an lukrativen Großveranstaltungen interessiert ist, diese an einen anderen Ort verlegt und Berlin auf den defizitären Immobilien sitzen bleibt. Zur Zeit verhandle ich gerade mit der Geschäftsführung der Messe über eine Zielvereinbarung, die festlegt, welche wirtschaftlichen Ziele die Messe in den nächsten Jahren realistisch betrachtet erreichen kann.

Impressum

Herausgeber:

PDS-Bezirksverordnete in der
 BVV-Charlottenburg-Wilmersdorf
V.i.S.d.P.:
 Benjamin Apeloig

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

E-Mail:
redaktion@pds-charlottenburg-wilmersdorf.de

Layout: imaginistas.design
 Erscheinungsdatum: 29. 01. 2004

Mission is possible

Gründung einer PDS-Jugend Berlin-Brandenburg

Ort: Frankfurt (Oder); Zeit: Dezember 2003
Nahezu einstimmig verabschiedeten 40 junge PDS-Mitglieder eine Erklärung, nach der sich die jungen Genossinnen und Genossen zur PDS-Jugend Berlin-Brandenburg – gemäß dem Statut der PDS – zusammenschließen wollen. Hinter dieser Idee steckt der Wunsch, in der Partei eine Arbeitsplattform für junge Menschen zu schaffen, die sich als Teil der Parteiarbeit versteht. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kündigten an, die Partei durch praktische politische Angebote aus der Sicht junger Menschen zu bereichern und auch ein Stück weit antreiben zu wollen. Einzelne Junge in Ämtern und Mandaten sollen

ter uns. Berliner werden sich künftig um Fragen wie Abwanderung oder um Politik für den ländlichen Raum kümmern müssen. Brandenburger werden sich den Problemen urbaner Stadtpolitik annehmen“, hieß es auf dem Treffen. Auf dem Grunde der unterschiedlichen Erfahrungen in Berlin und Brandenburg schlummere ein Quell kreativer politischer Jugendarbeit, den es zu wecken gelte. Ganz selbstbewusst wollen junge Frauen und Männer der PDS in Berlin und Brandenburg der Partei vorleben, wie politisches Agieren in Regierung (Berlin) und Opposition (derzeit noch in Brandenburg) gleichzeitig zu bewerkstelligen ist.



Bärenjunges sucht ...

eine Vernetzung erhalten, statt weiterhin allein zu kämpfen und allein gelassen zu sein. Die Jungen in der Partei wollen dazu tabuisierte Themen konsequent anpacken und sich nicht auf den klassischen Kanon jugendpolitischer Themen vom Kiffen bis zur Schulpolitik beschränken, sondern sich in alle Bereiche einmischen. Die neue PDS-Jugend Berlin-Brandenburg soll auch Angebote zur politischen und politisch-handwerklichen Bildung unterbreiten; es geht darum, jungen Menschen eine Art Politikbiotop zu bieten und so möglicherweise für künftigen Parteinachwuchs zu sorgen.

Der Fusion voraus

Mit der organisierten länderübergreifenden Zusammenarbeit in Berlin und Brandenburg will die PDS-Jugend ein politisches Signal im Hinblick auf eine absehbare Fusion der beiden Länder setzen: Die Probleme junger Menschen in der bankrotten Stadt und dem strukturschwachen Land haben sich in den letzten Jahren mehr und mehr angenähert. Die PDS-Jugend will den Fusionsprozess dabei positiv aufgreifen und nutzen, statt sich von ihm treiben zu lassen: „Während die anderen nach der Fusion die Zusammenarbeit noch lernen müssen, haben wir diesen Schritt längst hin-

Die Idee zieht Kreise

Kurz darauf trafen sich ca. 50 Jugendliche in Grünheide (bei Erkner), um weiter zu diskutieren und Konzepte auszuarbeiten, wie sie sich Politik der PDS vorstellen. Es wurde beraten, wie Kommunal- und Landespolitik in Brandenburg und auch Berlin anders gestaltet werden kann. Es ging um Wirtschafts-, Bildungs-, Sozial-, Arbeitsmarkt- und Umweltpolitik, aber auch um Vorstellungen zu einer Politik für mehr Mitbestimmung und zur EU-Erweiterung. Die schwierige Situation, in



... Adlerküken

der sich Berlin und Brandenburg gleichermaßen befinden, bestimmte Diskussion und Lösungsansätze: Eine länderübergreifende Jugendstruktur in der PDS Berlin-Brandenburg zu entwickeln, weist den Weg in die richtige Richtung.

Mark Seibert, Stefan Abraham

Die vollständige Erklärung und weitere Informationen sind auch unter www.pds-jugend.de zu finden. Wer sich für weitere Termine der PDS-Jugend Berlin-Brandenburg interessiert, kann sich unter mark.seibert@pds-jugend.de in einen Mailverteiler eintragen lassen

Bürgerhaushalt beantragt

Die komplizierte Haushaltssituation Berlins ist nur durch gemeinsame Anstrengungen und bürgerschaftliches Engagement lösbar. Damit dabei Verständnis für politische Entscheidungen entsteht ist ein Mehr an Transparenz und Möglichkeiten der Mitwirkung der Bürger bei der Aufstellung des Haushalts erforderlich.

Um diesen Prozess für den kommenden Haushalt in unserem Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf in Gang zu setzen, haben die Bezirksverordneten der PDS einen Antrag in die BVV eingebracht, in dem das Bezirksamt aufgefordert wird, langfristig die nötigen Schritte vorzubereiten, damit der Haushaltsplan für das Jahr 2006 partizipativ, das heißt bürgernah aufgestellt werden kann.

Dieser Antrag ist bei den Bürgerinitiativen des Bezirkes auf großes Interesse gestoßen. Er wird in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 25. Februar 2004 beraten, zu der auch Finanzstadtrat Jens-Peter Heuer aus Mitte (PDS) eingeladen wurde, um über die Erfahrungen mit dem Bürgerhaushalt in seinem Bezirk zu berichten.

Jürgen Hornig,
Bezirksverordneter

Termine

Bürgersprechstunde der Bezirksverordneten

montags: 18.00 – 19.00 Uhr
Rathaus Wilmersdorf, Fehrbelliner Platz 4,
Raum 3101
Telefon: 902914910

Sa., 14. 02. - **Kiezspaziergang**
mit Bürgermeisterin Monika Thiemen, Treffpunkt
Rathaus Charlottenburg, 14-16 Uhr
(Route: Spree, Kraftwerk, Sporthalle Sömmerringstr., Landgericht am Tegeler Weg, ...)

Sa., 14. 02. - **Konzert** „Fish'n Chips“
des Wind-Or-Jesters (Sinfonisches Bläserensemble) der Musikschule Charlottenburg-Wilmersdorf, Auenkirche, Wilhelmsau 119
Eintritt frei

Sa., 14. 02. - **PDS-Konferenz**
„Wissen schafft Stadt“ -
Progressive Hochschulpolitik in Berlin,
Technische Fachhochschule,
Luxemburger Str. 10
10-18 Uhr

27. 02. - **PDS-Fraktionen Berlin und Brandenburg**:
5. Werkstatt der Region Berlin-Brandenburg
Berlin-Brandenburg auf dem Weg zu einer
Bildungsregion“,
Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstr. 5,
Raum 376, 14-19 Uhr